

07.06.90

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zur Sondertagung des Europäischen Rates vom 28. April 1990 in Dublin

Das Europäische Parlament,

- in Erwägung des Ergebnisses der Tagung des Europäischen Rates vom 28. April 1990 in Dublin,
- in Erwägung der jüngsten mit dem Prozeß der deutschen Einigung verbundenen Entwicklungen in Deutschland und insbesondere der Erklärung der neu-gewählten Mitglieder der Volkskammer, des Arbeitsprogramms der Regierungs-koalition in der Deutschen Demokratischen Republik, des Vorschlags der Bundesrepublik Deutschland für einen Staatsvertrag zur Einführung der deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und der positiv verlaufenden Verhandlungen über den Staatsvertrag zwischen den beiden deutschen Regierungen,
- in Erwägung seiner eigenen EntschlieÙung vom 4. April 1990,
 1. begrüÙt, daÙ der Europäische Rat den Prozeß der Vereinigung Deutschlands eindeutig unterstützt und festgestellt hat, daÙ dieser Prozeß im gemein-schaftlichen Kontext stattfinden muÙ;
 2. nimmt Kenntnis von der Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, die Gemeinschaft umfassend über die Maßnahmen zu informieren, die zwischen den Behörden der beiden Teile Deutschlands im Hinblick auf die Angleichung ihrer Politiken und ihrer Rechtsvorschriften in der Zeit vor der Vereini-gung erörtert oder vereinbart werden; hält es für unerläÙlich, daÙ sich die BRD in all den Fällen mit der Europäischen Gemeinschaft konzertiert, in denen Maßnahmen zur deutschen Vereinigung Auswirkungen auf die Gemein-schaft haben, und wünscht insbesondere, daÙ das EP an dieser Konzertierung beteiligt wird;
 3. stellt fest, daÙ der Europäische Rat die Haltung der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert hat, als er erklärte, daÙ die Integration der DDR in die Gemeinschaft ohne eine Änderung der Verträge erfolgen kann; erwartet von der Kommission eine besondere Beachtung der Verträge und verlangt eine sorgfältige Anpassung des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts; fordert in diesem Zusammenhang Aufklärung darüber, wann diese Änderungen abgeschlossen und das erforderliche MaÙ an Rechtssicherheit erreicht sein werden und wie dies geschehen soll;

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 15556 - vom 5. Juni 1990. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung
in der Sitzung am 17. Mai 1990 angenommen.

4. stellt fest, daß nach Ansicht des Europäischen Rates die Eingliederung des Staatsgebietes der DDR in die EG zu einem rascheren Wirtschaftswachstum beitragen wird, und erklärt, daß dabei das wirtschaftliche Gleichgewicht und die monetäre Stabilität gewahrt bleiben müssen;
5. begrüßt die Tatsache, daß die DDR unverzüglich Zugang zu den Darlehensfazilitäten der Gemeinschaft erhält und daß weitere Beiträge der Gemeinschaft in dem größeren Rahmen der Maßnahmen der Gruppe der 24 und der EUREKA-Projekte vorgesehen werden könnten;
6. bedauert jedoch, daß der Europäische Rat die in der Entschließung des Parlaments vom 4. April enthaltene Anregung eines speziellen Hilfsprogramms der Gemeinschaft für die DDR noch vor der Vereinigung nicht ausdrücklich unterstützt hat; ist sich bewußt, daß die hauptsächliche finanzielle Belastung ohne jeden Zweifel von der Bundesrepublik Deutschland allein getragen werden muß, vertritt jedoch die Auffassung, daß ein Gemeinschaftsbeitrag in so wichtigen Bereichen wie dem Umweltschutz angemessen gewesen wäre, um die Bindungen zu verdeutlichen, die zur DDR im Hinblick auf ihren Eintritt in die Europäische Gemeinschaft bereits jetzt existieren;
7. verweist in diesem Zusammenhang auf seinen bereits zum Ausdruck gebrachten Willen, im Rahmen des von der Kommission koordinierten Gesamtprogramms der multilateralen Hilfe den Vorzug vor den bilateralen Hilfen der Mitgliedstaaten zu geben;
8. unterstützt die Forderung des Europäischen Rates nach einer reibungslosen und harmonischen Eingliederung des Hoheitsgebietes der DDR in die Gemeinschaft, wobei jedoch die bestehenden Verpflichtungen und Ziele der Gemeinschaft, insbesondere diejenigen, die sich auf die Vollendung des Binnenmarktes sowie auf die Errichtung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion beziehen, uneingeschränkt eingehalten werden müssen;
9. setzt sich dafür ein, daß die Kommission ihre Vorschläge für Ausnahmeregelungen und Übergangsbestimmungen, die Gegenstand von Verhandlungen sind und zu denen das Parlament konsultiert werden muß, rasch vorlegt;
10. begrüßt nachdrücklich die Beschlüsse des Europäischen Rates, wonach der Prozeß der Vereinigung Deutschlands mit einer Verstärkung des Prozesses der Europäischen Integration, einschließlich eines Zeitplans für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und für die Abhaltung einer zweiten Regierungskonferenz über die Politische Union einhergehen soll, deren Arbeiten parallel zu denjenigen der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion stattfinden, damit die Ratifikation durch die Mitgliedstaaten in demselben zeitlichen Rahmen erfolgen kann;
11. begrüßt es, daß parallel zur Vereinigung Deutschlands die Gemeinschaft auch ihre externe Entwicklung fortsetzen will, insbesondere auch die Beziehungen zu den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, mit denen Assoziierungsabkommen ausgehandelt werden sollen; ist der Ansicht, daß deren etwaige Mitgliedschaft in der Gemeinschaft in diesem Zusammenhang in Erwägung gezogen werden muß;
12. nimmt Kenntnis von der Erklärung des Europäischen Rates, wonach ein Gipfeltreffen der KSZE noch vor Ende des Jahres wünschenswert wäre und möglichst rasch eine entsprechende Vorbereitungstagung abgehalten werden sollte; setzt sich für eine Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an diesem Prozeß ein;

13. hofft auf rasche Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen, die zu einer demokratisch legitimierten Vereinigung führen sollen; begrüßt in diesem Zusammenhang die Vorlage des Entwurfs eines Staatsvertrages zur Einführung der deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die jüngste Erklärung der neu gewählten Volkskammer und das von der neuen Regierungskoalition der Deutschen Demokratischen Republik vorgelegte Regierungsprogramm; ist der Auffassung, daß auf dem Weg zur Vereinigung den Interessen der Bürger der DDR, insbesondere derjenigen mit niedrigen Einkommen, in angemessener Weise Rechnung getragen werden muß, damit die Entstehung von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten vermieden wird und somit keine Diskrepanzen und Ungerechtigkeiten fortbestehen, zu deren Überwindung die Vereinigung eigentlich beitragen müßte; begrüßt ferner, daß die positiv verlaufenden Verhandlungen der beiden deutschen Regierungen eine gleichzeitige Verwirklichung von Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ab dem 2. Juli 1990 zum Ziel haben;
14. ist in diesem Sinne und im Interesse der Entwicklung der sozialen Dimension der Gemeinschaft der Auffassung, daß die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten unter Einbeziehung der Gemeinschaft die Einführung einer Sozialgesetzgebung ermöglichen müssen, die die bisherigen sozialen Errungenschaften der beiden Länder berücksichtigt und respektiert;
15. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat, den Regierungen und Parlamenten der DDR und der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Enrico VINCI
Generalsekretär

Siegbert ALBER
Vizepräsident